

Deutscher Gewerkschaftsbund

REDE

Elke Hannack

stellvertretende DGB-Vorsitzende

1. Mai 2014

Gummersbach

Es gilt das gesprochene Wort!

Lieber Werner Kusel,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

ich freue mich, heute am 1. Mai in Gummersbach zu sein. Gummersbach ist für mich immer ein bisschen wie nach Hause kommen. Einige von euch wissen es sicher noch. Ich war einige Jahre Kreisvorsitzende

hier im damaligen DGB Kreis Oberberg/Rheinberg. Deshalb freue ich mich ganz besonders über eure Einladung zum 1. Mai. Der 1. Mai ist für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter traditionell immer ein ganz besonderer Anlass. Der 1. Mai ist unser Tag. Das ist der Tag der Gewerkschaften, an dem wir für die Würde der arbeitenden Menschen kämpfen. Für eine freie und demokratische Arbeitnehmerschaft, für unsere Rechte.

Das war leider nicht immer so. Wir Gewerkschaften tragen deshalb auch eine besondere, historische Verantwortung, an das zu erinnern, was uns die Nationalsozialisten angetan haben.

Am 2. Mai 1933 zerschlugen Nazis mit aller Brutalität und Rücksichtslosigkeit unsere Gewerkschaftshäuser. Sie verbreiten Angst und Schrecken, verhafteten, folterten und ermordeten Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen. Systematisch zerschlugen sie die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Das war möglich, weil wir uns als Gewerkschaften nicht einig waren. Zu tief trennten uns politische und religiöse Wertevorstellungen. Aus dieser schmerzlichen Erfahrung haben wir glücklicherweise gelernt. Als wir uns nach den Kriegsjahren neu gegründet hatten, war uns klar: Nie wieder sollte uns so etwas passieren. Umso wichtiger ist es, dass wir uns als Einheitsgewerkschaft verstehen und danach handeln.

Wenn sich morgen der Tag jährt, an dem wir der verstorbenen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen gedenken, müssen unsere Botschaften heute am 1. Mai sein, dass wir das Andenken unserer Geschichte aufrecht erhalten müssen für die nachfolgenden Generationen wir eine Einheitsgewerkschaft sind, wir uns als Gewerkschaften stark machen gegen rechts! Für rechtes Gedankengut, Kolleginnen und Kollegen, darf in unserer Gesellschaft kein Platz sein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist unser Tag. An vielen Plätzen in Deutschland und Europa werden wir Gewerkschaften für gute Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen eintreten. Wir kämpfen für die Würde der arbeitenden Menschen. Deshalb fordern wir eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt.

Gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung in den Betrieben!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

der gesetzliche Mindestlohn naht! Und das ist unser Erfolg. Das ist der Erfolg der Gewerkschaften. Nach Jahren des Kampfes und des politischen Drucks haben die Koalitionäre aus Union und SPD nun verabredet, dass zum 1. Januar 2015 ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt wird.

Lediglich gültige Tarifverträge mit Löhnen unter 8,50 Euro haben noch bis zum 31.12.2016 Bestand. Ab Januar 2017 gilt dann für Alle das DGB-Motto: KEIN LOHN UNTER 8,50 EURO die Stunde! Und was war das für ein langer Weg. Seit 2002 fordern NGG und ver.di den gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn.

2006 haben dann die Delegierten aller DGB-Gewerkschaften den Beschluss gefasst, dass künftig eine existenzsichernde verbindliche Lohnuntergrenze gelten soll. Und das war nötig geworden, weil die sogenannten Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen) zu einer massiven Zunahme des Niedriglohnssektors geführt hatten. Außerdem war die Tarifbindung immer stärker zurückgegangen.

Nicht zuletzt wegen der Verweigerungshaltung einiger Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände, Tarifverträge abzuschließen. Wir haben mit unserer Kampagne seit 2007 für den gesetzlichen Mindestlohn getrommelt und siehe, steter Tropfen höhlt den Stein. Aber mit der nahenden Einführung des Mindestlohnes ist noch lange nicht alles in Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. NEIN.

Wir haben niemals behauptet, dass der Mindestlohn allein selig machend ist, sprich, alle Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt auch beseitigen kann. Und deshalb ist es gut, dass im Koalitionsvertrag auch andere Instrumente verabredet wurden. Wie zum Beispiel die Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. Oder auch die Ausweitung des bewährten Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen .

Das sind Maßnahmen, die das Tarifsysteem stabilisieren helfen. Aber wir müssen und wir werden bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages natürlich genau hinschauen, wie wird der Mindestlohn ausgestaltet und in Zukunft nach oben angepasst? Und ich sag das ganz deutlich. Der DGB lehnt Ausnahmen beim Mindestlohn kategorisch ab. Warum denn sollten Junge Menschen bis 18 J. oder Langzeitarbeitslose für dieselbe Tätigkeit weniger pro Stunde verdienen als Vollzeitkräfte. NEIN Kolleginnen und Kollegen, was hier vorgeschlagen wird ist Diskriminierung pur und damit verfassungswidrig und dazu sagen wir entschieden NEIN! Wenn der Mindestlohn nicht ohne Wenn und Aber für alle sozialversicherten Beschäftigten in einem Arbeitsverhältnis gilt, einschließlich übrigens aller Minijobberinnen, dann verdient er seinen Namen nicht. Dann würde er nämlich seine Funktion als unmissverständliche Lohnuntergrenze verfehlen. Deshalb Kolleginnen und Kollegen 8,50 Euro Mindestlohn für ALLE und das jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die große Koalition hat vieles in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, was unsere gewerkschaftlichen Forderungen endlich auch aufnimmt. Aber bei einigen Themen ist der Koalitionsvertrag doch ziemlich zurückhaltend geblieben, dies gilt insbesondere für die Bekämpfung der prekären Beschäftigung.

850.000 Menschen müssen in der Leiharbeit ihr Geld verdienen. Vor allem junge Menschen und Arbeitssuchende haben oft keine andere Alternative am Arbeitsmarkt. 850.000 Menschen, das ist weit mehr, als für Auftragungsspitzen oder Krankheitsvertretung gebraucht werden. Und auch wenn es inzwischen Fortschritte gibt, darf uns dies nicht ruhen lassen.

Im letzten Jahr wurde ein neuer Tarifvertrag für die Leiharbeit abgeschlossen. In Verbindung mit den Branchenzuschlägen und dem Mindestlohn hat sich die Entlohnung deutlich verbessert. Das ist eine weitere Etappe in der Regulierung der Zeitarbeit. Aber Kolleginnen und Kollegen das kann doch nicht das Ende sein. Notwendig ist die gleiche Bezahlung für die Beschäftigten in der Leiharbeit. Wir wollen Equal Pay. Das mindeste, was den Kolleginnen und Kollegen in der Leiharbeit zusteht ist, dass sie den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten und zwar ab dem ersten Tag und ab der ersten Stunde und für dieses Ziel werden wir weiterhin kämpfen!

Und wir sehen doch alle täglich in den Betrieben, wie kreativ die Unternehmen sind wenn es darum geht, Löhne zu drücken. Trotz der niedrigen Löhne ist Leiharbeit für viele Arbeitgeber heute schon zu teuer. Das Zauberwort heißt hier „Werkverträge“. Werkverträge unterliegen keinerlei Regulierung. Tarifbindung besteht häufig nicht und wenn das Unternehmen seinen Sitz im Ausland hat, dann sind die Arbeitsbedingungen ohnehin schwer zu überprüfen.

Die Zustände an deutschen Schlachthöfen sind doch nur die Spitze des Eisbergs. Werkverträge gibt es inzwischen in allen Branchen; denn hier geht es um viel Geld. Die Rendite für die Subunternehmer ist enorm und geht auf Kosten der Beschäftigten und auf Kosten der Allgemeinheit. Denn wir zahlen mit unseren Steuern die Aufstockung, wenn der Niedriglohn nicht zum Leben reicht. Und dieser Skandal, Kolleginnen und Kollegen, der muss endlich ein Ende haben! Dass Arbeitgeber hier so ungeniert in die Harz IV-Kasse greifen, das ist der eigentliche Missbrauch von Harz IV. Hier muss die Politik endlich einen Riegel vorschieben.

Werkverträge, Kolleginnen und Kollegen, die nur einen Zweck haben nämlich den, die bestehenden Tarife zu unterlaufen und billig Arbeit zu organisieren, die gehören verboten! Und das ist immer dann der Fall, wenn die Werkarbeit weitgehend in den Arbeitsablauf des Betriebes eingebunden ist oder die Kolleginnen und Kollegen die gleiche Arbeit machen. Das hat nichts mit sinnvoller Arbeitsteilung zu tun, sondern ist schlichtweg Missbrauch. Und deshalb müssen die Betriebsräte gestärkt werden. Damit sie Missbräuche aufdecken können und Instrumente in der Hand haben, um sie zu unterbinden. Auch die Stärkung der Tarifverträge würde hier Abhilfe schaffen. Wenn endlich durchgesetzt wird im gleichen Betrieb gilt der gleiche Lohn, wäre die Motivation Werkverträge einzurichten, deutlich geringer!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ein weiterer Bereich der prekären Arbeit sind die Minijobs. Inzwischen gibt es rund 7,5 Millionen Minijobs. 5 Millionen Beschäftigte sind ausschließlich auf einen Minijob angewiesen. Meist Frauen. Minijobs sind ein extremer Niedriglohnsektor und bieten den Beschäftigten keinerlei Sicherheit. Und erst recht keine Brücke in den Arbeitsmarkt. Von den Minijobs, das muss man auch mal klar sagen, profitieren ausschließlich die Arbeitgeber, die auf billige und sehr flexible Arbeitskräfte zurückgreifen können. Für die Beschäftigten heißt Minijob: heute arm trotz Arbeit und morgen Altersarmut! Und dieser Skandal muss ein Ende haben. Minijobs müssen in abgesicherte

sozialversicherte Beschäftigung verwandelt werden. Kolleginnen und Kollegen und das geht! Wir Gewerkschaften haben ein konkretes Reformmodell vorgelegt, das die Fehlanreize und Sondersubventionen dieser Kleinstarbeitsverhältnisse abschafft und die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro herstellt. Man muss es nur wollen, die Politik muss es wollen! Wir kämpfen für die volle Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde und ab dem ersten Euro!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit 1957 der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in den römischen Verträgen verankert wurde, gehört die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu den Grundwerten der europäischen Union. Wir Gewerkschaften unterstützen das Ziel der europäischen Union, die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu fördern. Frauen müssen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt haben wie Männer. Sie müssen ihren Lebensunterhalt eigenständig durch eine existenzsichernde Beschäftigung bestreiten können!

Doch davon sind wir in Deutschland noch meilenweit entfernt. Vor fast drei Jahren wurde der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung vorgestellt. Die Analyse der Expertinnen und Experten war unmissverständlich. In der deutschen Gleichstellungspolitik passt kein Stein auf den anderen. Von einer klaren Richtung keine Spur. Wir Gewerkschaften aber haben klare Vorstellungen, wie eine stringente Gleichstellungspolitik auf dem Arbeitsmarkt aussehen muss. Und dabei bekennen wir uns zu den Zielen der europäischen Union. Männer und Frauen müssen die Chance auf eine eigenständige Existenzsicherung haben.

Das traditionelle Rollenbild ist nicht mehr zukunftsfähig. Frauen sind heute genauso gut ausgebildet wie Männer. Und sie verdienen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer. Dafür müssen endlich die Weichen gesetzt werden. Es ist richtig und auch wichtig, dass die große Koalition gleich zu Beginn eine Debatte über Arbeitszeiten angefangen hat. Denn in keinem anderen Land der europäischen Union ist der Unterschied zwischen tatsächlicher und gewünschter Arbeitszeit so groß wie in Deutschland. Die Analyse ist ganz simpel. Vollzeitbeschäftigte würden gerne aus dem Korsett von starren Arbeitszeiten und Präsenzkultur ausbrechen und weniger arbeiten. Teilzeitbeschäftigte würden umgekehrt gerne mehr arbeiten.

Die große Kunst guter Arbeitszeitpolitik besteht also darin, sich auf die Wünsche der Beschäftigten einzustellen. Mehr Arbeitszeitsouveränität für Männer und Frauen muss her. Das können, nein, das müssen die Unternehmen gerade in Zeiten des demografischen Wandels bieten. Gefragt sind vollzeitnahe Beschäftigungen, die ein auskömmliches Einkommen gewährleisten und gleichzeitig Männern und Frauen den Raum geben, sich um ihre Familie zu kümmern. Damit sich eine gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit aber auch rechnet, muss endlich die Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern beseitigt werden. Und dabei müssen wir etwas deutlicher werden als in der Vergangenheit.

Kolleginnen und Kollegen,

es ist kein Pech, wenn eine Frau mit gleicher Qualifikation weniger verdient als ihr Kollege in der gleichen Position. Es ist Diskriminierung! Oder wenn Tätigkeiten von Frauen nach anderen Kriterien und deshalb schlechter bewertet werden. Es ist kein Pech. Und deshalb sollten Unternehmen mit einem Entgeltgleichheitsgesetz verpflichtet werden, ihre Entgeltpraxis zu überprüfen und gegebenenfalls geschlechtergerecht umzugestalten. Wir brauchen auch eine Diskussion über den

Wert von Tätigkeiten, in denen zumeist Frauen zu finden sind. Wie lange wollen wir denn noch akzeptieren, dass ein Automechaniker, der auch jeden anderen Beruf nehmen, der unser Auto repariert, deutlich mehr finanzielle Anerkennung erhält als eine Krankenschwester, die uns im Krankheitsfall pflegt. Für Krankenschwestern, für Erzieherinnen und viele andere Kolleginnen in den sogenannten typischen Frauenberufen, muss die Lohntüte voller und die Anerkennung größer werden. Und als Gewerkschaften prägen wir ja auch die Debatte um mehr Frauen in Führungspositionen! Die DGB Gewerkschaften sind seit langem aktiv und schicken immer mehr Kolleginnen in die Aufsichtsräte mit dem Ergebnis, dass die weit überwiegende Mehrheit der Frauen in den Aufsichtsräten von der Arbeitnehmerseite gestellt wird. Und darauf, Kolleginnen und Kollegen, können wir auch stolz sein. Aber um auch die Kapitalseite in die Pflicht zu nehmen, brauchen wir eine feste Quote. Und die Koalition ist hier auf einem richtigen Weg. Auch wenn die Ziele zunächst bescheiden sind. Aber das ist zumindest ein Anfang. Und der ist mehr als überfällig!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

lasst mich etwas zum Thema Bildung sagen. Bildungspolitik ist schon seit langem ein Top-Thema. Zumindest auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Und das aus gutem Grund. Die erreichten Bildungsabschlüsse sind ein zentraler Platzanweiser in unserer Gesellschaft. Die Zeugnisse der Menschen entscheiden über ihre Berufs- und damit auch über ihre Lebensperspektiven. In unserer Gesellschaft gilt immer noch die Faustregel: Je höher der Bildungsabschluss, desto besser sind die Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt. Bildungsabschluss und Arbeitsmarktperspektiven liegen eng zusammen.

Deshalb ist das Recht auf eine gute Bildung und Ausbildung zentral, wenn es darum geht, den Menschen ein Leben und eine Arbeit in Würde zu bieten. Kolleginnen und Kollegen. Und ja, ich sag was zum Ausbildungssystem. Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland hat sich bewährt. Wir wissen, es schafft eine enge Kopplung zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt. Und gerade wir Gewerkschaften sind immer noch ein starker Stützeiler dieses Systems und darauf sind wir stolz. Aber wir wissen, dass wir die Hände nicht in den Schoß legen dürfen. Weil auch unser duales Ausbildungssystem unter Druck steht. Ich will einige Fakten nennen. Früher galt die Faustregel: dass bei starker guter Konjunktur die Zahl der Ausbildungsverträge steigt. Das gilt heute nicht mehr. Im Jahr 2013 ist die Wirtschaft gewachsen.

Die Zahl der Ausbildungsverträge ist trotzdem auf den niedrigsten Stand seit 1977 gesunken. Und das ist ein Armutszeugnis für unsere Wirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. Während die Arbeitgeberlobby lauthals über einen Fachkräftemangel klagt, entziehen sich die Betriebe ihrer Verantwortung für die Ausbildung. Und mehr noch. Nur noch jeder fünfte Betrieb, nämlich 21,7 Prozent, bildet aus. Das ist der niedrigste Stand seit 1999. Rund 84.000 junge Menschen suchen nach den amtlichen Statistiken immer noch händeringend einen Ausbildungsplatz und das, obwohl sie von der Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif eingestuft werden. Ihnen stehen aber nur 33.500 offene Ausbildungsplätze gegenüber. Und besonders bedrohlich ist folgendes, Kolleginnen und Kollegen. Nur noch 7 Prozent der ausbildenden Betriebe bilden Hauptschüler aus. Fast die Hälfte der Ausbildungsberufe ist Hauptschülern mittlerweile faktisch verschlossen. Und wenn sich die Zahl der Auszubildenden im Sinkflug befindet, dann liegt dies eben nicht am vermeintlichen Akademisierungswahn, sondern es liegt an den Betrieben, die sich an eine Bestenauslese gewöhnt haben und Hauptschülern von vornherein keine Chance geben. Kurzum, es gibt längst eine Zwei-

Klassen-Gesellschaft in der Berufsausbildung. Und hier sehen wir die großen Herausforderungen für die Bundesregierung. Wir müssen endlich allen Schülerinnen und Schülern den nahtlosen Übergang von der Schule in die Ausbildung ermöglichen. Zurzeit befinden sich rund 280.000 junge Menschen in den zahllosen Warteschleifen ohne Aussicht auf einen Berufsabschluss. Die Umsetzung der Ausbildungsgarantie wird deshalb eine der zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Rente muss zum Leben reichen. Das ist seit Jahren unser Motto. Denn wir wissen alle, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen von Altersarmut bedroht sind und ernste Zukunftssorgen haben müssen, die Älteren, vor allem aber die Jungen. Rente geht uns alle an und deshalb sollten wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Mit dem Rentenpaket von Arbeitsministerin Andrea Nahles stehen wir heute vor einem neuen Kapitel. Vielleicht sogar vor einem Richtungswechsel in der Rentenpolitik. Ein ganz entscheidender Punkt ist dabei die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 Jahren. Es ist ein Gebot von Anstand und Fairness, wenn diejenigen, die 45 Jahre oder länger Beiträge in die Rentenkassen gezahlt haben, am Ende nicht noch um ihre gerechte Rente gebracht werden. Nach 45 Jahren harter Arbeit muss eine Rente ohne Abschläge drin sein. Und das haben wir durchgesetzt, Kolleginnen und Kollegen.

Aber wir müssen am Ball bleiben, damit die Rente ab 63 nicht noch verwässert wird. Die Bundesregierung plant auch Verbesserungen, die den erwerbsgeminderten Menschen mehr Rente bringen. Allerdings kann auch das nur ein erster Schritt sein. Zukünftig müssen endlich auch die Abschläge gestrichen werden. Niemand, Kolleginnen und Kollegen, sucht sich schließlich eine Erwerbsminderungsrente freiwillig aus. Und doch werden fast alle EM-Renten um bis zu 10,8 Prozent gekürzt. Das müssen wir beenden, Kolleginnen und Kollegen.

Und ich will auch etwas sagen zur sogenannten Mütterrente. Was nämlich nicht passieren darf ist, dass die heutigen Milliarden Rücklagen in der Rentenkasse in ein paar Jahren durch die Finanzierung der Mütterrente aufgebraucht werden. Um nicht falsch verstanden zu werden, natürlich gehört die Ungerechtigkeit bei den Kindererziehungszeiten beseitigt. Kein Kind darf weniger Wert sein, nur weil es vor 1992 auf die Welt kam. Aber es handelt sich bei der Mütterrente um die Anerkennung einer gesamtgesellschaftlichen Leistung. Und darum muss sie unbedingt aus Steuermitteln bezahlt werden. Hier geht es um 23 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren. Dreimal im Übrigen so viel wie die Kosten der Rente ab 63. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. An der Finanzierung der Mütterrenten müssen sich alle beteiligen. Das kann nicht der Kassierer im Supermarkt und dem Fabrikarbeiter auf die Schultern gepackt werden, während der Arzt und der Politiker fein raus sind, obwohl auch deren Mütter profitieren können.

Die Bundesregierung darf für die Mütterrente nicht in die Taschen der Beitragszahler greifen, Kolleginnen und Kollegen. Denn damit würden die nötigen Spielräume verschenkt, um die Rente der Zukunft insgesamt zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir werden an diesem 1. Mai auch für ein soziales Europa streiten! Unser Motto ist „Gute Arbeit- Soziales Europa!“

Wir kämpfen als Gewerkschaften mit den europäischen Gewerkschaftsbünden für ein soziales, demokratisches und gerechtes Europa!

Am 25. Mai sind Europawahlen. Noch im Jahr 2009, bei der letzten Europawahl, gaben immerhin 43 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Vor ein paar Wochen habe ich eine Umfrage gelesen. Wie ist das Interesse an der Europawahl? Dort gaben nur 28 Prozent an, sich „sehr stark“ oder „stark“ für Europa zu interessieren. Oder umgekehrt formuliert: knapp 70 Prozent der Befragten interessieren sich nicht dafür, wie es mit Europa weitergeht. Darüber war ich wirklich schockiert. Nicht nur, weil es bei dieser Wahl erstmals um direkten Einfluss geht. Denn die stärkste Fraktion wird auch den EU-Kommissionspräsidenten stellen. Der wiederum wird dann die nächsten Jahre die Politik für Europa lenken! Sondern auch, weil man den Populisten, Nationalisten und den Rechten das Feld überlässt! Seitdem die 3 Prozent-Hürde für die Europawahl abgeschafft ist, gibt es doch keine Grenzen mehr zu überwinden. Nach aktuellen Umfragen wird die AfD knapp 6-7 Prozent holen. Deshalb fordern wir Gewerkschaften am 1. Mai:

Geht wählen am 25. Mai! Lasst den Rechten und den Populisten keine Chance!

Woher, Kolleginnen und Kollegen, kommt aber dieses Desinteresse? Warum sind wir nicht bereit, Solidarität mit den Menschen in Südeuropa zu zeigen? Gerade jetzt brauchen sie unsere Unterstützung. Die Sparpolitik und die „Männer in schwarz“, oder auch Troika genannt, verlangen souveränen, demokratischen Regierungen harte Einschnitte im Arbeitsmarkt und den sozialen Leistungen ab. Arbeitnehmerrechte werden attackiert. Grundrechte werden mit Füßen getreten. Über eine soziale Sicherung redet gar keiner mehr!

Nein, Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Südeuropa brauchen die Gewissheit, dass Europa mehr ist. Mehr als nur eine wirtschaftliche Gemeinschaft, die zur ökonomischen Gewinnmaximierung da ist. Es geht doch um gemeinsame Werte und vor allem um Frieden zwischen den Staaten, den wir seit Jahrzehnten haben. Das Jahr 2014 bietet eine hervorragende Gelegenheit, zu zeigen, was ich damit meine: Blicken wir auf 100 Jahre nach Beginn des ersten Weltkrieges, 75 Jahre nach Beginn des 2. Weltkrieges und 25 Jahre nach dem Mauerfall zurück auf eine Vielzahl an geschichtlichen Jahrestagen. Sie alle beweisen: Frieden ist das wichtigste Gut für die Menschen! Angst und Unsicherheit hingegen fördern Armut und Spaltung der Gesellschaft. Sie sind ein guter Nährboden für Populisten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich hoffe sehr, dass ihr euch den 25. Mai in euren Kalendern vorgemerkt habt und wählen geht. Bestimmt mit, wie es mit unserem Europa weiter geht. Ob Europa weiter im Krisen- und Sparmodus bleibt. Oder, ob es einen neuen Weg für ein soziales und gerechtes Europa geben wird. So, wie wir Gewerkschaften es nicht nur, aber insbesondere am 1. Mai fordern! Ein Europa mit europäischen Mindeststandards für gute Arbeit, sozialer Absicherung, einem starken europäischen Parlament und starker Demokratie! Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen! Glückauf!